

**Niederschrift
über die 33. Sitzung des Stadtbau- und Umweltausschusses**

Sitzung am :	Montag, den 13.03.2023
Sitzungsort:	Rathaus, Zimmer 154 b

Beginn: 16:30 Uhr **Ende:** 19:30 Uhr

Anwesenheit:

Name	Bemerkung
-------------	------------------

Vorsitzende

Frau Bürgermeisterin Kerstin Wolf

Stimmberechtigtes Mitglied

Herr Dieter Blechschmidt
Herr Stefan Golle
Herr Daniel Herold
Herr Danny Przisambor
Herr Thomas Salzmänn
Herr Gerald Schumann
Herr Bernd Stubenrauch

Beratendes Mitglied

Herr Felix Albert	
Herr Wolfgang Alboth	
Herr Matthias Gräf	
Herr Michael Persch	
Frau Alice Schubert	
Frau Pietschmann	Vertretung für Herrn Rainer Pietschmann

Stellvertretendes Mitglied

Herr Sven Gerbeth	Vertretung für Herrn Thomas Haubenreißer
Herr Thomas Hoyer	Vertretung für Herrn Mirko Rust

Abwesende:

Name **Bemerkung**

Stimmberechtigtes Mitglied

Herr Thomas Haubenreißer
Herr Mirko Rust

Beratendes Mitglied

Rainer Pietschmann

Mitglieder der Verwaltung

Name	Funktion	Anwesenheitsgrund
Herr Löffler	FGL Stadtplanung u. Umwelt	alle TOP
Herr Gabriel	FGL Polizeibehörde	TOP 4
Herr Rink	SB Stadtplanung	TOP 5
Frau P. Müller	Energie- u. Klimaschutzmanagerin	alle TOP
Herr Martin	SB Wirtschaftsförderung	TOP 5.1 und 5.2
Frau May	Klimaanpassungsmanagerin	TOP 1.4
Herr Forster	SB Stadtplanung und Umwelt	TOP 5.6
Herr Thomas	GAV, techn. Gebäudeausstattung	TOP 2

weitere Sitzungsteilnehmer

Name	Anwesenheitsgrund
Herr Kausch, Architekt	TOP 2
Herr Schleicher, GF Bioprodukte Vogtland GmbH	TOP 2
Herr Kolbe, GF Bioprodukte Vogtland GmbH	TOP 2
Herr Stephan, Planer	TOP 2
Frau N. Dietrich	Presse

Tagesordnung:

öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
- 1.1. Tagesordnung
- 1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 31. Sitzung des Stadtbau- und Umweltausschusses am 16.01.2023
- 1.3. Beantwortung von Anfragen
- 1.4. Informationen der Bürgermeisterin
2. Information zur Wohnbebauung Weststraße
(Vorstellung durch Herrn Schindler, LDG Wohnbau)

3. Information zum Energiekonzept Dreifeld-Sporthalle am Lessing-Gymnasium (Vorstellung durch Büro Dr. Schlott & Partner GmbH)
4. Information
- 4.1. Erlass einer neuen Allgemeinverfügung zur Regelung von Brauchtumsfeuern
Drucksachenummer: 0798/2023
5. Vorberatung
- 5.1. 4. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Plauen „Ausbau und Bestandserweiterung Ölmühle Großfriesen“ – Aufstellungsbeschluss
Drucksachenummer: 0790/2023
- 5.2. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 028 „Ausbau und Bestandserweiterung Ölmühle Großfriesen“ – Aufstellungsbeschluss
Drucksachenummer: 0789/2023
- 5.3. Antrag zum Beitrittsbeschluss im wegebund (Arbeitsgemeinschaft sächsischer Kommunen zur Förderung des Rad- und Fußverkehrs e. V.)
Drucksachenummer: 0806/2023
- 5.4. Bestätigungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 027 "Betriebserweiterung Vogtlandmilch GmbH an der Pausaer Straße"
Drucksachenummer: 0797/2023
- 5.5. Bestätigungsbeschluss zum Feststellungsbeschluss der 3. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Plauen
Drucksachenummer: 0796/2023
- 5.6. Städtebauliches Entwicklungskonzept (SEKo) Haselbrunn 2023-2037 zur Neuaufnahme in das Bund-Länder-Programm "Wachstum und nachhaltige Erneuerung (WEP)"
Drucksachenummer: 0795/2023
- 5.7. Antrag der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion - Entschärfung Verkehr Altmarkt -, Reg.-Nr. 282-22 - Stellungnahme der Verwaltung
6. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

1. Eröffnung der Sitzung

Frau Bürgermeisterin Wolf eröffnet die 33. Sitzung des Stadtbau- und Umweltausschusses durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit.

Gem. aktueller Änderungen in § 39 SächsGemO weist die Bürgermeisterin darauf hin, dass eine Verletzung von Form oder Frist der Ladung eines Ausschussmitgliedes als geheilt gilt, wenn das Mitglied zur Sitzung erscheint und den Mangel nicht spätestens bei Eintritt in die Tagesordnung der Sitzung geltend macht.

1.1. Tagesordnung

Frau Bürgermeisterin Wolf weist auf einen Fehler in der Nummerierung der Tagesordnung hin. Der Punkt 5 wurde mit Beschlussfassung überschrieben. Es gibt jedoch in der heutigen Sitzung keine Beschlussfassungen, alle Vorlagen gehen weiter in den Stadtrat. Gegenstand der heutigen Vorlagen werden ausschließlich Vorberatungen sein.

Die Stadträte beschließen die Änderung der Tagesordnung.

1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 31. Sitzung des Stadtbau- und Umweltausschusses am 16.01.2023

Die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift wird festgestellt.

Für die Unterzeichnung des heutigen Protokolls stehen Herr Stadtrat Bernd Stubenrauch, SGI-Fraktion, und Herr Stadtrat Dieter Blechschmidt, CDU-Fraktion, zur Verfügung.

1.3. Beantwortung von Anfragen

Es ist noch eine Anfrage bezüglich einer evtl. Beleuchtung zwischen Poepfigstraße und Friesenweg offen. Zur Beantwortung ist jedoch noch eine Präzisierung des Streckenabschnittes bzw. des Flurstückes notwendig.

1.4. Informationen der Bürgermeisterin

Frau Carla May, die erst kürzlich ihre Tätigkeit als Klimaanpassungsmanagerin in der Stadtverwaltung Plauen aufgenommen hat, stellt sich und ihre Arbeit in diesem Gremium vor. Dabei geht sie u. a. darauf ein, dass sie mithilfe eines externen Dienstleisters eine Stadtklimaanalyse erstellen möchte, die Gebiete identifiziert, in denen ein besonders hohes Risiko herrscht für Hochwasser, Starkregen oder extreme Hitze. Dem gegenüber sollen besonders gefährdete Gruppen erkannt werden. Aus dieser Vorarbeit können dann entsprechende Maßnahmen entwickelt werden. Daneben gehören Öffentlichkeitsarbeit und Sensibilisierung der Bevölkerung zu ihren Aufgaben.

Herr Stadtrat Stubenrauch, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, erkundigt sich, ob die Kosten eines externen Dienstleisters auch über ein Förderprogramm abgedeckt seien. Frau May bestätigt dies. Es wird ein Fördersatz in Höhe von 90 % gewährt, damit verbleibt nur ein geringer Eigenanteil bei der Stadt.

Frau Bürgermeisterin Wolf informiert weiter über die Bestätigung der LEADER-Förderung, welche am 01.03.2023 bekanntgegeben wurde. Bis 2027 werden Finanzhilfen in Höhe von 241 Mio. Euro aus EU- und Landesmitteln bereitgestellt, das Budget für die LEADER-Region Vogtland beträgt 14,746 Mio. Euro. Mit der Umsetzung wird voraussichtlich im Frühherbst 2023 begonnen. Bedauerlicherweise ist der Ortsteil Neundorf erneut nicht in die LEADER-Förderung aufgenommen worden.

2. Information zur Wohnbebauung Weststraße

Des Weiteren informiert die Bürgermeisterin Wolf zur geplanten Wohnbebauung Weststraße und begrüßt dazu Herrn Peter Kausch vom Architekturbüro Kausch, welcher das Projekt der LDG Wohnbau GmbH vorstellt.

Herr Kausch geht kurz auf die bislang bestehenden Schwierigkeiten ein und stellt seinen Entwurf näher vor. Grundsätzlich besteht für diesen Entwurf nunmehr Einvernehmen mit der Landesdenkmalschutzbehörde, da sich das Objekt nun großemäßig und auch hinsichtlich der Farbgebung in die Umgebung einfügt. Das Projekt befindet sich aktuell in der Genehmigungsplanung und am Folgetag soll der Bauantrag eingereicht werden.

Herr Stadtrat Przisambor, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, erkundigt sich nach Regelungen zum Verkehrsaufkommen im Aktienweg.

Frau Bürgermeisterin Wolf führt aus, dass aktuell noch Gespräche mit der Bauherrenschaft laufen. Für die Ausfahrt auf die Weststraße wird sich wohl kaum eine andere Lösung finden. Klar ist jedoch, dass der Aktienweg das künftige Verkehrsaufkommen tragen können muss.

Herr Alboth, sachkundiger Einwohner auf Vorschlag der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, hakt noch einmal nach, ob die dargestellte Verkehrsfläche in Richtung IHK zum Aktienweg mit einer Stützwand abgegrenzt werde. Dies wird durch Herrn Kausch bestätigt.

Herr Stadtrat Stubenrauch, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, möchte über die Energieversorgung des Gebäudes informiert werden. Herr Kausch erklärt, dass eine Hybridanlage aus Wärmepumpe und Gas vorgesehen sei.

Herr Stadtrat Blechschmidt, CDU-Fraktion, lobt den aktuellen Entwurf.

Herr Stadtrat Hoyer, AfD-Fraktion, möchte wissen, ob in der geplanten Tiefgarage Ladepunkte für Elektrofahrzeuge oder Elektrofahräder geplant sind.

Herr Kausch muss dies verneinen. Die Infrastruktur müsse zwar mit vorgerüstet werden, er wisse aber um die Vorbehalte der Bauherrenschaften bzgl. der Brandgefahr bei Elektrofahrzeugen.

Herrn Stadtrat Herold, Fraktion DIE LINKE., interessiert die künftige Nutzung der Wohnungen. Herr Kausch erläutert, dass daraus Eigentumswohnungen als 2-Raum-, 3-Raum- sowie 4-Raumwohnungen entstehen werden.

Herr Stadtrat Hoyer, AfD-Fraktion, möchte wissen, ob es bereits eine Kalkulation der Kaltmieten gibt.

Herr Kausch führt aus, dass diese Zahlen der Bauherrenschaft vorliegen.

3. Information zum Energiekonzept Dreifeld-Sporthalle am Lessing-Gymnasium (Vorstellung durch Büro Dr. Schlott & Partner GmbH)

Herr Thomas, Teamleiter für technische Gebäudeausrüstung, stellt die Präsentation des Büros Dr. Schlott und Partner aus Zwickau vor.

Er führt aus, dass zu Beginn in der Vorplanung drei Geothermievarianten untersucht worden sind: eine Variante mit einer Tiefenbohrung und zwei Varianten mit einer oberflächennahen Erdwärmennutzung. Im Ergebnis hatte man sich entschieden, die Variante einer Wärmepumpe mit Tiefenbohrung weiter zu verfolgen. In der nachfolgenden Entwurfsplanung wurden weitere fünf Varianten, die das Gebäudeenergiegesetz erfüllen würden, untersucht:

Var. 1 & 2: Gas-Brennwertkessel mit Erdwärmepumpe, mit und ohne Solarthermieanlage

Var. 3 & 4: Gas-Brennwertkessel mit Luftwärmepumpe, mit und ohne Solarthermieanlage

Var. 5: Gas-Brennwertkessel mit Blockheizkraftwerk

Dabei entschied man sich damals zunächst für die rein erdgasbasierte Variante (Kombination aus Gas-Brennwertkessel und Blockheizkraftwerk). Auf Betreiben des Energie- und Klimaschutzmanagements der Stadt wurde sich dann doch für ein Blockheizkraftwerk i. V. m. mit einer Wärmepumpe entschieden. Für die Spitzenlastdeckung wird ein Gaskessel zum Einsatz kommen, die Solarthermie entfällt zugunsten der Dachflächen für die PV-Anlage.

Herrn Stadtrat Przisambor, SGI-Fraktion, interessieren die laufenden Betriebskosten der Halle.

Er begrüßt ferner, dass das Betreiben der Halle flexibler und wirtschaftlicher wird, wenn man

drei verschiedene Energiequellen nutzen kann.

Ferner würde ihn interessieren, ob die Wärmepumpe das Gebäude auch kühlen kann.

Herr Thomas kann zu den Betriebskosten heute noch nichts sagen, da auch noch viele andere Kostenarten zu den Betriebskosten gehören.

Die Wärmepumpe kann nicht kühlen, dies war nicht beabsichtigt und auch nicht gefordert.

Zudem würden dadurch weitere Energiekosten entstehen.

Das Wärme- und das Energiekonzept werden zwar von verschiedenen Büros bearbeitet, natürlich werden diese beiden jedoch miteinander abgestimmt.

Frau Bürgermeisterin Wolf ergänzt, dass die Stadt über ihr Budget nicht in der Lage ist, die Photovoltaikanlage zu errichten. Daher ist sie im Gespräch mit den Stadtwerken Strom, die Anlage auf der Halle platzieren zu lassen.

Herr Stadtrat Stubenrauch, SGI-Fraktion, moniert, dass, angesichts der immer höheren Temperaturen in den Innenstädten, keine aktive Kühlung für die Halle vorgesehen ist.

Herr Thomas räumt jedoch ein, dass eine Nachtauskühlung mit der vorhandenen Technik bis auf Außentemperatur möglich wäre.

Herr Gräf, sachkundiger Einwohner auf Vorschlag der CDU-Fraktion, fragt an, in welchem Jahr der Einbau erfolgen wird und ob man damit den gesetzlich geforderten Anteil von 65 % erneuerbarer Energie schafft.

Frau Bürgermeisterin Wolf antwortet, dass das in 2024 der Fall sein wird. Die geforderten 65 % werden erreicht.

Herr Stadtrat Blechschmidt äußert Bedenken, dass der Stromversorger bei Engpässen Wärmepumpen bis zu dreimal täglich abschalten dürfe. Er begrüßt deshalb die Kombination aus mehreren Heizquellen.

Herr Stadtrat Przisambor bringt nochmals seine Verwunderung zum Ausdruck, dass eine Kühlung nicht vorgesehen ist, zumal vom Einbau von Flächenheizungen gesprochen wurde, die relativ einfach auch zur Kühlung verwendet werden könnten.

Er fragt darüber hinaus nach, ob das Blockheizkraftwerk auch im Rahmen eines Betreibermodells geprüft wurde.

Herr Thomas verneint das.

Die Bürgermeisterin erläutert abschließend noch den Zeitplan sowie den Kostenrahmen.

4. Information

4.1. Erlass einer neuen Allgemeinverfügung zur Regelung von Brauchtumsfeuern

Drucksachenummer: 0798/2023

Herr Gabriel, FGL Polizeibehörde, stellt eine neue Allgemeinverfügung vor, die durch den Oberbürgermeister erlassen wird. Hintergrund ist zum einen die Aktualisierung der Regelungen zu Brauchtumsfeuern aber auch deren Vereinfachung. Bislang mussten z. B. Vereine sowohl einen Antrag auf Brauchtumsfeuer als auch auf öffentliche Veranstaltung stellen. Dies würde nunmehr vereinfacht. Künftig brauche es nur noch die Anzeige einer öffentlichen Veranstaltung mit dem Hinweis, dass gleichzeitig ein Brauchtumsfeuer stattfindet. Diese Allge-

meinverfügung gilt für Vereine und Glaubensgemeinschaften. Damit gäbe es künftig auch nur noch eine Genehmigung für beides. Die Allgemeinverfügung gelte nicht für Privatpersonen, diese müssten nach wie vor einen Antrag stellen. Hier gelte dann nach wie vor die Polizeiverordnung.

Zudem ist sein Fachgebiet aktuell mit der Umsetzung eines interaktiven Online-Antrages beschäftigt, welches so aufgebaut ist, dass es dem Antragsteller nach dessen Angaben z. B. auch anzeigen kann, wenn das beantragte Feuer genehmigungsfrei sein sollte.

Herr Stadtrat Przisambor, SGI-Fraktion, bittet darum, dass in eine zu erteilende Genehmigung der Zusatz aufgenommen wird, dass das Brennmaterial aus Gründen des Tierschutzes erst am Tage des Anzündens aufzustapeln ist, nicht früher.

Frau Bürgermeisterin Wolf erläutert, dass diese Regelung ohnehin im Bundesnaturschutzgesetz zu finden ist. Sie wird den Bereich Umwelt bitten, ein entsprechendes Hinweisblatt zu entwerfen, welches jeder erhält, dem eine solche Genehmigung erteilt wird.

Herr Stadtrat Gerbeth, FDP-Fraktion, hakt nach, ob dann auch ein Gartenverein, der neben seinem Brauchtumsfeuer beispielsweise noch einen Schankwagen aufstelle, ebenfalls von dieser Allgemeinverfügung umfasst wäre.

Herr Gabriel bejaht dies.

5. Vorberatung

5.1. **4. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Plauen „Ausbau und Bestandserweiterung Ölmühle Großfriesen“ – Aufstellungsbeschluss** *Drucksachenummer: 0790/2023*

5.2. **Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 028 „Ausbau und Bestandserweiterung Ölmühle Großfriesen“ – Aufstellungsbeschluss** *Drucksachenummer: 0789/2023*

Frau Bürgermeisterin Wolf wird beide Vorlagen zusammen behandeln.

Herr Schleicher von der Bioproducte Vogtland GmbH stellt sein Unternehmen vor sowie die Intention zur Erweiterung.

Mit dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan verfolgt die Bioproducte Vogtland GmbH das Ziel, den Mühlenbetrieb am vorhandenen Standort zu sichern und zugleich die Voraussetzungen für eine Erweiterung zu schaffen. Herr Schleicher stellt das Vorhaben im Rahmen einer Präsentation vor.

Herr Rink, Sachbearbeiter des Fachgebietes Stadtplanung und Umwelt, stellt beide Vorlagen zur Erweiterung vor, den vorhabenbezogenen Bebauungsplan sowie die Änderung des Flächennutzungsplanes. Er erläutert den geplanten Ablauf.

Da die Flächen des Plangebietes gegenwärtig dem bauplanungsrechtlichen Außenbereich zugeordnet sind, ist für eine gewerbliche Folgenutzung das entsprechende Baurecht zu schaffen.

Zur Sicherstellung der geordneten städtebaulichen Entwicklung und als Voraussetzung für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan ist der Flächennutzungsplan partiell zu ändern.

Das Plangebiet selbst wird in weiten Bereichen für den Betrieb der vorhandenen Ölmühle mit ergänzendem Blockheizkraftwerk genutzt. Zudem dienen vorhandene Hallen der Unterbringung von landwirtschaftlichen Geräten und Maschinen.

Frau Bürgermeisterin Wolf begrüßt außerordentlich, dass das Unternehmen in Plauen investieren möchte.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Einleitung des 4. Änderungsverfahrens für den Flächennutzungsplan „Ausbau und Bestandserweiterung Ölmühle Großfriesen“ im Parallelverfahren zum Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 028 „Ausbau und Bestandserweiterung Ölmühle Großfriesen“ nach § 8 Abs. 3 BauGB.

Der Geltungsbereich für die 4. Änderung des Flächennutzungsplanes ist Anlage 1 zu entnehmen und Teil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen, keine Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Plauen fasst den Aufstellungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 028 „Ausbau und Bestandserweiterung Ölmühle Großfriesen“ gemäß § 2 Abs. 1 BauGB i. V. m. §12 BauGB, auf Grundlage des in der Anlage 1 dargestellten Geltungsbereiches.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes ist Anlage 1 zu entnehmen und Teil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen, keine Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

5.3. Antrag zum Beitrittsbeschluss im wegebund (Arbeitsgemeinschaft sächsischer Kommunen zur Förderung des Rad- und Fußverkehrs e. V.)

Drucksachenummer: 0806/2023

Frau Bürgermeisterin Wolf verweist auf die bereits erfolgte Vorstellung der Mitgliedschaft incl. Mitgliedsbeitrag im letzten Ausschuss und würde auf eine nochmalige ausführliche Erläuterung verzichten.

Herr Stadtrat Gerbeth, FDP-Fraktion, stellt sich die Frage, ob wir in unserem Haus nicht genügend Sachverstand haben und immer wieder kostenpflichtiges Mitglied in diversen Gremien werden sollten.

Frau Bürgermeisterin Wolf geht nochmals kurz auf die Vorteile einer solchen Mitgliedschaft ein und zieht positive Parallelen zur Mitgliedschaft im Urban-Netzwerk. Mittlerweile seien bereits 21 Kommunen Mitglied und der Freistaat Sachsen unterstütze die Arbeitsgemeinschaft langfristig finanziell.

Die Stadt Plauen erhoffe sich durch eine Mitgliedschaft im wegebund wesentliche Impulse für die Entwicklung der Rad- und Fußverkehrsinfrastruktur der Stadt.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt, einen Antrag auf Mitgliedschaft der Stadt Plauen in der Arbeitsgemeinschaft sächsischer Kommunen zur Förderung des Rad- und Fußverkehrs e. V. (wegebund) zu stellen.

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen, keine Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen

- 5.4. **Bestätigungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 027 "Betriebserweiterung Vogtlandmilch GmbH an der Pausaer Straße"**
Drucksachenummer: 0797/2023

- 5.5. **Bestätigungsbeschluss zum Feststellungsbeschluss der 3. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Plauen**
Drucksachenummer: 0796/2023

Frau Bürgermeisterin Wolf würde beide Vorlagen gemeinsam erläutern wollen.

Herr Rink, Sachbearbeiter des Fachgebietes Stadtplanung und Umwelt, erläutert die Notwendigkeit der Bestätigungsbeschlüsse, da zwischen Satzungsbeschluss und dem Antrag auf Genehmigung bei der höheren Verwaltungsbehörde mehr als drei Monate vergangen sind.

Mit den Bestätigungsbeschlüssen des Stadtrates kann, nach erfolgter Genehmigung der 3. Änderung des Flächennutzungsplanes, der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 027 ohne Fristverletzung, bekannt gemacht und die Bekanntmachung der höheren Verwaltungsbehörde angezeigt werden.

Materiell und formell ergaben sich nach Prüfung der derzeitigen Sach- und Rechtslage für die Satzungsfassung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans keine Änderungen gegenüber dem am 05.07.2022 gefassten Satzungsbeschluss, die gegen eine Bestätigung des Satzungsbeschlusses durch den Stadtrat sprechen.

Beschlussvorschlag:

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 027 „Betriebserweiterung Vogtlandmilch GmbH an der Pausaer Straße“ in der Fassung von 24.05.2022 wird mit dem am 05.07.2022 unter Beschluss-Nr. 32/22-16 beschlossenen Inhalt durch den Stadtrat der Stadt Plauen hiermit nochmals bestätigt.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen, keine Nein-Stimmen, keine Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

Die 3. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Plauen in der Fassung von 05/2022 wird mit dem am 05.07.2022 unter Beschluss-Nr. 32/22-15 beschlossenen Inhalt durch den Stadtrat der Stadt Plauen hiermit nochmals bestätigt.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen, keine Nein-Stimmen, keine Enthaltungen

5.6. Städtebauliches Entwicklungskonzept (SEKo) Haselbrunn 2023-2037 zur Neuaufnahme in das Bund-Länder-Programm "Wachstum und nachhaltige Erneuerung (WEP)"
Drucksachenummer: 0795/2023

Herr Forster, SB Stadtplanung und Umwelt, stellt die Vorlage vor. Er führt dazu aus, dass es sich um die Fortführung des Stadtumbaugebietes Ost handelt. Er unterstreicht dabei die Wichtigkeit der Anstrengung in diesem Gebiet. Herr Forster führt zur 80 ha großen Gebietskulisse aus, ebenso zur dort vorhandenen Bevölkerung. Er umreißt den Zustand der Straßen und Wege, den hohen Investitionsstau und rechtfertigt die Auswahl, die aus fördertechnischer sowie finanzieller Sicht getroffen werden musste. Ausdrücklich hebt Herr Forster das Entwicklungspotenzial des Stadtviertels hervor, welches direkt in Zusammenhang mit der ausgeprägten Vereinslandschaft vor Ort steht.

Herr Forster erläutert die Chronologie der Konzepterstellung. Das WEP enthält zudem besonders viele Grundstücksankäufe, um die kommunale Handlungsfähigkeit zu erhöhen. Er geht auf die Leitlinien des Konzeptes, wie Gebäudesanierung, Grün- und Freiflächengestaltung, Radwege sowie Rückbaumaßnahmen ein. Aufgrund der außergewöhnlich langen Laufzeit des Programmes von 15 Jahren weist Herr Forster darauf hin, dass man in absehbarer Zeit in die Fortschreibung gehen müsse. Das finanzielle Volumen liegt bei ca. 24 Mio. Euro, die Finanzhilfen betragen über 16 Mio. Euro. In diesem Zusammenhang wirbt er ausdrücklich für den Verfügungsfond.

Eine Entscheidung über die Neuaufnahme wird nach Ansicht von Herrn Forster nicht vor dem 3. Quartal fallen. Im Falle einer Ablehnung würde eine Schärfung des Konzeptes und ein erneuter Versuch erfolgen.

Herr Stadtrat Stubenrauch, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, greift den Investitionsstau bei den Straßen auf und fragt, ob man denn mit den eben genannten Förderinstrumenten nicht doch etwas für die Straßen tun könnte.

Frau Bürgermeisterin Wolf erläutert, dass das Fachgebiet Tiefbau durchaus eine ganze Reihe Förderungen beantragt hat. Die Programme im Straßenbau selbst sind jedoch so ausgelegt, dass beispielsweise 50 % Eigenanteile erbracht werden müssen oder nur besonders wichtige Straßen in den Genuss einer Förderung kommen. Bei dem Förderprogramm WEP handelt es sich um eine Gebietsförderung, die nicht nur auf den Straßenbau ausgerichtet sein kann. Auch erinnert Sie an die Mahnung der Kämmerei, uns als Stadt finanziell nicht zu übernehmen. Wir haben als Kommune z. B. auch bestimmte Bedarfsplanungen umzusetzen, wie z. B. der Brandschutzbedarfsplan, welche allein über das eigentliche Fachförderprogramm gar nicht umzusetzen wären. Weshalb sich im WEP auch ein Platz für die Freiwillige Feuerwehr findet.

Herr Stadtrat Gerbeth, FDP-Fraktion, lobt die Bestrebungen der Verwaltung, diesen Stadtteil zu fördern, ausdrücklich.

Herr Stadtrat Hoyer, AfD-Fraktion, selbst Einwohner Haselbrunns, stellt die Defizite dieses Stadtteils in Bezug auf Gebäudezustand, Wegezustand etc. nochmals heraus. Er begrüßt das Programm ebenfalls und wirbt für die Zustimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt das in der Anlage befindliche Städtebauliche Entwicklungskonzept (SEKo) Haselbrunn 2023 - 2037 zur Antragstellung um Neuaufnahme in das Bund-Länder-Programm „Wachstum und nachhaltige Erneuerung (WEP)“ 2023.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen, keine Nein-Stimme, keine Enthaltung

5.7. Antrag der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion - Entschärfung Verkehr Altmarkt -, Reg.-Nr. 282-22 - Stellungnahme der Verwaltung

Frau Bürgermeisterin Wolf gibt dem Antragsteller die Gelegenheit zur Untermauerung seines Antrages.

Herr Stadtrat Przisambor, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, bezieht sich auf die Stellungnahme der Verwaltung, welche dem Antrag seiner Fraktion in den wesentlichen Punkten folgen konnte. So erklärt sich die Verwaltung bereit, ein Tempomessgerät vor Ort aufzustellen und in der Oberen Endestraße Fahrbahnschwellen zu installieren, um die Geschwindigkeit zu verringern. Mit der Abhaltung von Aktionstagen zum Thema „spielende Kinder“ erklärt sich die Stadtverwaltung ebenfalls einverstanden. Lediglich die Einrichtung von Kurzzeitparkplätzen vor dem Ärztehaus Straßberger Straße wurde negativ beschieden. In diesem Zusammenhang bittet er um Überprüfung, ob die Schaffung solcher Parkzonen im verkehrsberuhigten Bereich tatsächlich nicht möglich ist bzw. ob es nicht möglich wäre, eine Regelung mit dem Eigentümer bzgl. des Parkhauses zu finden.

Frau Bürgermeisterin Wolf führt nochmals erläuternd aus, dass die vor Ort gegebene Fahrbahnbreite die Schaffung von Parkplätzen am Ärztehaus unmöglich macht. Sie bietet jedoch an, sich mit dem Eigentümer des Ärztehauses in Verbindung zu setzen, um diesen zu bitten, verstärkter auf sein Parkhaus hinzuweisen.

Herr Persch, sachkundiger Einwohner auf Vorschlag der SGI-Fraktion, hakt nach, ob diese Fahrbahnschwellen zur Senkung der Geschwindigkeit nicht auch an anderen Zufahrten des Marktes möglich wären.

Die Bürgermeisterin begründet dies mit dem vollgebundenen Aufbau mit Epoxid-Harz-Mörtel, auf welchem zum einen das Aufbringen dieser Schwellen problematisch ist und zum anderen ist das Befahren dieser Schwellen immer mit Lärm verbunden. Darüber hinaus äußert sie die Befürchtung, dass einige Autofahrer die Schwellen einfach umfahren und damit Fußgänger gefährden könnten. Für den Bereich hin zur Marktstr. / Neundorfer Straße erklärt sie sich jedoch bereit, dies nach Beendigung der Baustelle am Rathaus zu überprüfen.

Herr Stadtrat Przisambor, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, erklärt sich unter den gegebenen Umständen bereit, auf eine Abstimmung über den Antrag zu verzichten, da er die Vorschläge der Verwaltung so annehmen kann.

6. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

**Herr Stadtrat Herold, Fraktion DIE LINKE., greift die Vorstellung von Herrn Forster auf und die Äußerung, dass die AWG eG über Rückbaumaßnahmen nachdenke, z. T. wohl auch noch vermietbaren Wohnraum betreffend.
Das bringe ihn zu der Frage, über welchen Bestand an sozialem Wohnraum die Stadt Plauen überhaupt noch verfüge.**

Frau Bürgermeisterin Wolf sagt zu, dass ihm die Zahlen zugearbeitet würden.

Herr Gräf, sachkundiger Einwohner auf Vorschlag der CDU-Fraktion, präzisiert den Bereich aus einer Anfrage mit der fehlenden Beleuchtung im Bereich Friesenweg/Poeppigstraße und

bezeichnet das betreffende Flurstück mit der Nr. 585/1 (Gemarkung Chrieschwitz).

Herr Stadtrat Gerbeth, FDP-Fraktion, bezieht sich auf Hinweisschilder am Parkplatz Hohe Straße, auf welchen ein Parkverbot ab dem 15.03.23 angekündigt wird. Er hätte gern die Gründe erfahren.

Ferner bezieht sich Herr Stadtrat Gerbeth auf eine Entscheidung der Stadt, am Oberen Bahnhof in Abstimmung mit den Taxen, Kurzzeitparkplätze einzurichten. Die Schilder, die dies anzeigen würden seien jedoch noch nicht angebracht.

Die Bürgermeisterin sagt eine schriftliche Antwort zu.

Plauen, den

Plauen, den

Kerstin Wolf
Bürgermeisterin

Bernd Stubenrauch
Stadtrat

Plauen, den 21.03.2023

Plauen, den

Lydia Grüner
Schriftführerin

Dieter Blechschmidt
Stadtrat